

Windenergie Mehrere Projekte, aber noch keine Referenzanlage

«Zeit für Windkraft im Aargau»

Am Aargauer Energiegipfel werden regelmässig innovative Ideen vorgestellt. Diesmal das Hightech-Zentrum Aargau und eine Minergie-P-Eco-Siedlung. Und ein Initiant warb für ein erstes richtiges Windkraftwerk im Mittelland. Doch wo steht eigentlich die Windenergie im Aargau?



Den künftigen Windpark «uf em Chalt» gibt es erst virtuell. Die Fotomontage zeigt im Vordergrund die geplanten Windräder in Kirchleerau, dahinter jene auf Trienger Boden. WALTER CHRISTEN/LEUVENTA

VON MATHIAS KÜNG

Nach der Atomkatastrophe von Fukushima vor vier Jahren entschied sich der Bundesrat für die Energiewende, die derzeit im Parlament in Bern heiss diskutiert wird. Ein zentraler Punkt: Es sollen keine neuen AKW gebaut werden, wenn die bestehenden altershalber ausser Betrieb gehen. Doch woher dann den fehlenden Strom nehmen? Nebst zusätzlicher Wasserkraft erwartet der Bundesrat viel von den neuen erneuerbaren Energien, auch von der Windkraft.

Ende 2013 zählte die Schweiz insgesamt 33 grosse Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 60 Megawatt (MW). Diese produzierten 2012 laut Angaben des Bundesamts für Energie 88 Gigawattstunden (GWh) Strom. Das entspricht dem Jahresbedarf von knapp 25'000 Haushalten. Im Aargau gibt es bisher in Schmiedrued ein kleineres Windrad.

Laut den Zielen der Energiestrategie 2050 soll die Stromproduktion mit Windkraft bis im Jahr 2020 auf 600 Gigawattstunden und bis 2050 sogar

auf 4300 Gigawattstunden steigen. Das wäre fast eine Verdreifachung der heutigen Produktion. Wenn die Schweiz das erreichen will, bedarf es aber noch enormer Anstrengungen.

5 mögliche Standorte im Aargau

Die Zahl der von den Windgeschwindigkeiten her grundsätzlich geeigneten Standorte ist begrenzt. Das zeigt die Schweizer Windkarte. Im Mittelland sind geeignete Standorte besonders dünn gesät. So hat der Aargauer Grosse Rat auch nur fünf begrenzte Räume ausgeschieden, wo Windkraftanlagen möglich sein sollen. Das sind nicht zufällig Standorte, an denen auch entsprechende Projekte existieren (vgl. die Boxen am Fuss der Seite).

Eins von mehreren Projekten

Regelmässig unternimmt ein von Dieter Schäfer organisierter und vom Kanton, von grossen Firmen und Verbänden unterstützter Aargauer Energiegipfel spannende Ausblicke auf die Energiezukunft (vgl. nebenstehende Box). Am jüngsten Gipfel gestern in Aarau vor knapp 400 Zuhörerinnen und Zuhörern war unter anderem die Windenergie ein Thema. Niklaus Walther, Initiant des Windenergieprojekts

am 13. März vorgestellten. Er rechnet vor, es brauche 730 Windräder, um das Ziel des Bundesrates zu erreichen. Der Windanteil sei nicht überaus gross, räumte er ein, aber er könne einen Beitrag zur Energiewende leisten.

ENERGIEGIPFEL

Mit Innovation am Ball bleiben

In Aarau trafen sich gegen 400 Personen zum jährlichen Energiegipfel. Landammann Urs Hofmann legte dar, wie der Energiekanton Aargau mit Innovationen am Ball bleiben will. Martin Bopp, Geschäftsführer des Hightech-Zentrums Aargau, erläuterte, was dieses als Partner für KMU bieten kann (die az hat das Zentrum am 13. März vorgestellt). Der Geologe Peter Burri machte deutlich, der Zug für Geothermie sei trotz Fehlschlägen in St. Gallen und Basel längst nicht abgefahren, das Potenzial sei riesig. Christian Kündig von Implexia erläuterte den Nutzen einer Minergie-P-Eco-Siedlung.



Windenergie-Initiant Niklaus Walther.

«Uf em Chalt» Staffelbach, machte sich für eine erste Windenergieanlage der Megawattklasse im Mittelland stark. Walther ist Steinbildhauer, Ingenieur für Energie und Umwelttechnik und Geschäftsführer des Projekts. Er rechnet vor, es brauche 730 Windräder, um das Ziel des Bundesrates zu erreichen. Der Windanteil sei nicht überaus gross, räumte er ein, aber er könne einen Beitrag zur Energiewende leisten.

Kein Discoeffekt mehr

Walther verwies darauf, dass in der Schweiz zwei Drittel der Windstromausbeute im Winter anfällt, also dann,

wenn die Schweiz zur Nettoimporteurin wird. Mit Blick auf eine allfällige künftige Stromlücke könne Windenergie zur Versorgungssicherheit beitragen. Für Walther reicht es nicht, solche Anlagen in Norddeutschland oder auf dem Mont Crosin zu besichtigen. Man solle hier eine bauen, um herauszufinden, wie viel Strom sie im Mittelland tatsächlich liefern kann, was der Strom dann effektiv kostet und wie die Auswirkungen auf Landschaft, Tiere und Menschen sind.

Solche Anlagen würden heute anders errichtet als noch vor 10, 15 Jahren, sagt Walther. Diese erzeugten den berühmten «Discoeffekt», also Lichtreflexionen durch die Rotorblätter, nicht mehr. Derzeit versuche man zudem, in einer Machbarkeitsstudie herauszufinden, ob der Turm auch aus Holz möglich wäre. Wie auch immer die Anlage gebaut würde: Wenn in 20 Jahren die Geothermie die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllen sollte, könnte man die bis dann amortisierten Windanlagen wieder abbauen, so Walther. Doch Jetzt kämpft der Initiant erst einmal dafür, dass überhaupt einmal eine Referenzanlage gebaut wird.

KOMMENTAR MEINUNGSSEITE

Nationale Initiative für Moratorium?

Gegner der Windenergie hoffen, dass diese sich von selbst erledigt. Passiert dies nicht, wollen sie eine nationale Moratoriums-Initiative starten.

VON MATHIAS KÜNG

Der Bau von Windkraftwerken weckt Emotionen. Christoph Merkli engagiert sich seit Jahren, er erarbeitete 2009 gar ein knapp 20-seitiges Papier zuhänden des Bundesamtes für Energie. Für ihn ist klar: «Es gibt keinen sinnvollen Grund, hier oder im schweizerischen Mittelland solche Bauten aufzustellen. Die Alternativen sind vielfältig und ausgereift, die Kosten auf jeden Fall geringer.» Zudem sei im Aargau kein Potenzial da. Die Windgeschwindigkeiten seien zu tief, an einen wirtschaftlichen Betrieb sei nicht zu denken. Merkli: «Dafür braucht es mindestens 6 Meter pro Sekunde. Das wird hier nicht erreicht.»

Heitersberg kein Standort

Merkli engagierte sich anfangs vorab gegen ein Projekt auf dem Heitersberg, das jetzt nicht realisiert werden kann, weil der Grosse Rat den Standort nicht in den Richtplan aufgenommen hat. Merkli war aber 2013 mit Cornelius Andreas Hauptinitiant einer kantonalen Windmatoriums-Initiative. Diese wollte keine Windkraftwerke ermöglichen, solange AKW in Betrieb sind. Die Initiative kam nicht zustande, weil unmittelbar vor deren Einreichung die Unterschriften verschwanden.

Andreas stellte damals in Aussicht, im Herbst 2014 werde die Initiative neu gestartet. Angesichts der vermehrt aufkommenden Diskussionen um Kosten und Sinn der Energiestrategie 2050 will Andreas aber vorerst abwarten, ob der Ständerat die Vorlage wieder an den Bundesrat zurückweist. Andreas: «Dann wäre das Thema Windenergie erledigt. Zumal die Energiewende in Deutschland deutlich aufzeigt, dass Windenergie lediglich die saubere Wasserkraft konkurrenziert und bislang nur die Kosten für alle, das Risiko eines Black-Outs und den CO₂-Ausstoss erhöht hat.»

Bedenken der Gegner

Sollte die Förderung der Windenergie hierzulande «aus rein ideologischen Gründen» trotzdem ein Thema bleiben, sei die erneute Lancierung einer Initiative «auf kantonaler, aber auch auf nationaler Ebene durchaus möglich», sagt Cornelius Andreas. Er gewichtet den Landschaftsschutz ebenso hoch wie wirtschaftliche Vorbehalte. Gerade in der Schweiz seien Landschaft und Wirtschaft stark miteinander verknüpft. Mit der zunehmenden Lancierung von Windkraftprojekten überall in der Schweiz steige auch der Widerstand überall.

Insofern seien die Chancen «für eine vernünftige Lösung, «also kein Verbot der Windenergie, sondern ein Moratorium, durchaus vorhanden». Laut Andreas braucht die Schweiz bis 2035 für die sichere Stromversorgung keine Windkraft. Das schone Umwelt und Landschaft, die Wirtschaft und das Portemonnaie jedes Haushaltes.

SVP-Frau will Sozialhilfe im Grossen Rat festlegen

Vorstoss SP-Fraktionschef Dieter Egli befürchtet, dass die Sozialhilfebezügler zum Spielball der Politik werden könnten

VON FABIAN HÄGLER

Vor anderthalb Jahren scheiterte die SVP mit dem Antrag, der Kanton Aargau solle aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) austreten. Fraktionschef Andreas Glarner sagte damals, die Skos vertrete mit ihren Richtlinien zur Höhe der Sozialleistungen «nicht mehr die Interessen der Sozialämter und der Steuerzahlenden, sondern einseitig jene der Sozialhilfe-Empfänger».

Jürg Knuchel (SP) entgegnete, die Skos-Richtlinien könne man bei Bedarf den kantonalen Gegebenheiten anpassen. Die Skos sei kein «ideologisch geprägter Verein», sondern ein Verband mit über 1000 Mitgliedern. Dem Nein der SP zum Austritt schlossen sich die Grünen, CVP, GLP, EVP und BDP an. Für den Vorstoss stimmten die SVP- und die Mehrheit der FDP-Fraktion. Der Vorstoss wurde letztlich mit 53 Ja zu 64 Nein abgelehnt.

SVP: Parlament statt Regierungsrat

Die Skos-Richtlinien, auf die sich der Aargauer Regierungsrat bei der Festlegung der Sozialhilfe-Ansätze stützt, sind der Volkspartei aber weiterhin ein Dorn im Auge. Nun lanciert SVP-Grossrätin Marlis Spörri einen neuen Vorschlag. «Ich möchte, dass künftig der Grosse Rat die Sozialhilfe-Ansätze festlegt», sagt sie. Zusammen mit Parteikollege René Bodmer reicht sie am Dienstag einen Vorstoss ein, der verlangt, dass künftig das Kantonsparlament die «Art und Höhe der materiellen Hilfe» in einem Dekret regelt.

Spörri begründet ihre Motion mit den stetig steigenden Sozialhilfekosten, die viele



«Rechtschaffene und arbeitsame Menschen, die nicht von der Sozialhilfe abhängig sind, verlieren immer mehr das Verständnis für die zunehmenden staatlichen Ausgaben im Bereich der materiellen Hilfe.»

Marlis Spörri SVP-Grossrätin

Aargauer Gemeinden vor grosse Probleme stellen. Diese hätten zunehmend Mühe, ihre Finanzhaushalte ausgeglichen zu gestalten. Spörri ergänzt: «Rechtschaffene und arbeitsame Menschen, die nicht von der Sozialhilfe abhängig sind, verlieren das Verständnis für die zunehmenden staatlichen Ausgaben im Bereich der materiellen Hilfe.» Zudem gebe es Personen, welche den Bezug von Sozialhilfe einer geregelten Arbeit vorziehen. Es gelte deshalb, bei der Sozialhilfe sparsam zu sein und die Kosten zu begrenzen.

Spörri gibt zu bedenken, dass die Höhe der Sozialhilfe einen weitgehenden Eingriff in die Finanzen der Gemeinden sowie einer Vielzahl von Einwohnern darstelle. «Wenn künftig der Grosse Rat darüber entscheidet, würden die Ansätze demokratisch breiter abgestützt, öffentlich diskutiert und somit besser legitimiert», argumentiert sie.

SP: Frage würde verpolitisiert

Dieter Egli, Fraktionschef der SP im Grossen Rat, kritisiert den Vorstoss von Marlis Spörri. «Wenn die SVP die Sozialhilfe kürzen will, dann soll sie das offen sagen, statt eine scheinheilige Motion einzureichen und auf die passende Mehrheit im Rat zu hoffen.» Egli findet, das heutige System funktioniere gut. «Es ist richtig, dass der Regierungsrat die Ansätze für die Sozialhilfe nach den Empfehlungen von Experten festlegt.»

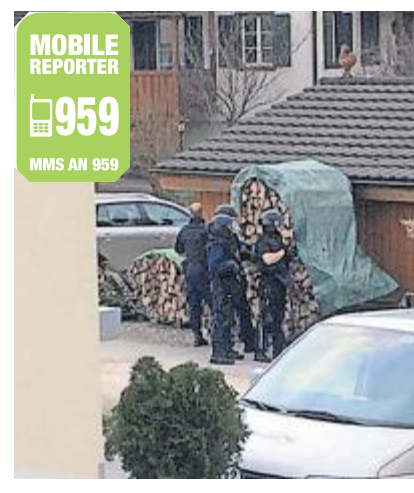
Wenn der Grosse Rat diese Aufgabe übernehmen würde, drohe die Gefahr einer Verpolitisierung. «Die Sozialhilfebezügler könnten damit zum Spielball der Politik werden», befürchtet der Sozialdemokrat.

Bewaffnete Polizisten eilten Sanitätern zur Hilfe

Einsatz Einwohner von Bözen schrecken am Mittwoch auf, als Polizisten ein Wohnhaus umstellten. Dabei handelte es sich nicht um eine Straftat: Die Polizei half Sanitätern bei der Abholung eines psychisch angeschlagenen Mannes.

VON MARIO FUCHS

Polizisten in Vollmontur - mitten im Wohnquartier: Einwohner von Bözen staunten am Mittwochabend. Die Beamten waren mit mehreren Patrouillenfahrzeugen angerückt und umstellten ein Haus. Was die Anwohner sahen und ein Zuschauer später gegenüber Tele MI berichtete, war jedoch keine Straftat. «Sanitäter des Rettungsdienstes prüften den Zustand eines psychisch angeschlagenen Mannes», erklärt Mari-



Voll ausgerüstete Polizisten standen in Bözen im Einsatz. LESERBILD/TELE MI

anne Koch, Sprecherin der Aargauer Kantonspolizei. Der Mann habe sich in einen Raum eingeschperrt. Da man gewusst habe, dass er «kräftig gebaut» sei, hätten die Rettungssani-

täter die Kollegen von der Polizei zur Unterstützung angefordert. Beim Mann handelte es sich um einen Schweizer in einem «psychischen Ausnahmezustand». Polizeilich war er vorher nicht bekannt - man habe nur gewusst, dass es ihm nicht gut gehe, und ihn vor sich selbst schützen wollen. Nach längeren Gesprächen habe er sich selbst aus dem Raum begeben. Polizeisprecherin Koch: «Wir mussten keinerlei Gewalt anwenden und es bestand zu keiner Zeit eine Gefahr für Drittpersonen.»

Polizisten helfen häufig

Ein Einsatz dieser Art sei für die Kantonspolizei nichts Aussergewöhnliches. «Besonders war am Mittwoch in Bözen lediglich, dass es etwas länger dauerte und auffälliger war als sonst üblich», sagt Marianne Koch. Häufig seien Polizisten den Rettungssanitätern behilflich, wenn Personen für eine medizinische Betreuung oder Abklärung abgeholt werden müssten.

KIRCHLEERAU/TRIENGEN

Vier Anlagen sollen Strom für 2800 Haushalte bringen

Insgesamt vier Windkraftanlagen sollen in den Gemeinden Triengen LU und Kirchleerau AG entstehen. Die Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW) möchten an der luzernisch-aargauischen Grenze jährlich Strom für 2800 Vierpersonenhaushalte produzieren und gut 18 Millionen Franken investieren. Mit dem Bau der vier Windkraftanlagen kann CKW nach dem Baubewilligungsverfahren aber frühestens 2017 beginnen. Bis dahin seien raumplanerische Vorbedingungen zu erfüllen, hält die CKW auf ihrer Homepage fest.

BEINWIL FREIAMT/HITZKIRCH LU

Projekt Lindenberg östlich vom Baldeggersee

Das Projektgebiet für einen Windpark Lindenberg befindet sich an der Kantons- und Gemeindegrenze zwischen Hitzkirch LU und Beinwil AG. Beteiligt sind u.a. CKW, AEW, ennova SA. Die Initianten prüfen laut CKW einen Windpark mit bis zu 10 Windkraftanlagen, die Strom für mehr als 10'000 Haushalte produzieren können. Um herauszufinden, wie die Windverhältnisse sind, finden während 18 Monaten Messungen statt. Danach werden diese ausgewertet und mit langfristigen Wettermessdaten aus der Region verglichen, um eine genauere Aussage für die Windkraftnutzung auf dem Lindenberg zu machen.

KIENBERG/OBERHOF

Projekt Burg an der Grenze zwischen Aargau und Solothurn

2011 wurde in Olten die Betriebsgesellschaft Windpark Burg AG gegründet. Gründungsaktiönäre sind Kienberg, AEW Energie AG, vento ludens Suisse GmbH und die Genfer Stadtwerke. Das Projektgebiet findet sich an der Grenze zwischen dem Kanton Solothurn und dem Kanton Aargau auf einer Jurahöhe. Messungen zeigen, dass auf Burg in 100 m Höhe eine mittlere Windgeschwindigkeit von 6 Metern pro Sekunde vorherrscht. Im November hat die Gemeinde Oberhof den Vertrag für den Windpark unterschrieben. Der Windpark soll einmal bis zu 21 GWh Energie pro Jahr produzieren und damit grünen Strom für bis zu 4700 Vierper-

ZEININGEN

Messungen für Projekt auf dem Hundsgrub schon 2007

Das Gebiet Hundsgrubgen in Zeiningen im Fricktal war eigentlich nicht im Visier der Aargauer Kantonsregierung. Es wurde 2013 auf Antrag von Grosse Rat Roland Agustoni (GLP, Rheinelden) in den Richtplan aufgenommen. Auch der Gemeinderat hatte die Aufnahme in den Richtplan befürwortet. In Zeiningen verfolgen die Brüder Heini und Edi Freiermuth das Projekt schon seit Jahren. Bereits 2007 und 2008 waren mittels eines 48 Meter hohen Mastes Windmessungen erfolgt. Roland Agustoni sagte nach seinem Antrag: «Für mich ist die Windkraft ganz wichtig. Wo Projekte möglich sind, sollten sie meiner Meinung nach auch verfolgt werden.»

LENZBURG/A1

Wer hat wen ausgebremst, wer ist wem aufgefahren?

Am Mittwoch um 14.40 Uhr gingen bei der Polizei zwei Meldungen ein: Der Fahrer eines Alfa Romeo klagte, er sei auf der Autobahn von einem Porsche gefährlich bedrängt worden. Der Porsche-Fahrer meldete, ein Alfa habe ihn ausgebremst. Beide sind ihren Führerausweis vorläufig los. Die Klärung des Sachverhalts gestaltet sich aber komplex, die Polizei sucht Zeugen. Die gefährlichen Manöver fanden auf dem Streckenabschnitt der A1, zwischen Oftringen und Lenzburg statt, Fahrbahn Richtung Zürich. (AZ)

NACHRICHTEN

EINBRÜCKE Die Polizei kam zweimal einen Tick zu spät

Am Mittwoch um die Mittagszeit wurde die Polizei zu Einbrüchen in Einfamilienhäuser gerufen, die von Anwohnern bemerkt worden waren. Die Täter konnten sich aber in beiden Fällen unerkannt aus dem Staub machen. Ein Fall ereignete sich in Effingen. Gesucht wird ein Mann, ca. 17 bis 18 Jahre, 175 bis 180 cm gross, schwarze Bomberjacke und schwarze Haare, in Begleitung eines etwa 12 bis 13 Jahre alten Knaben. In Birnenstorf erkannte eine Nachbarin zwei etwa 20 bis 30 Jahre Männer, 160 und 180 cm gross und schlank. Allfällige Zeugen

werden gebeten, sich beim nächsten Polizeiposten zu melden. (AZ)

MELLIKON Automobilist fährt Rollerfahrer an

Bei einer Kollision mit einem Auto wurde am Mittwochabend in Mellikon ein 41-jähriger Rollerfahrer mittelschwer verletzt. Er war auf der Hauptstrasse in Richtung Rekingen unterwegs, als der Automobilist von der Kraftwerkstrasse her auf die Hauptstrasse einmündete und ihn erfasste. Der 45-jährige BMW-Fahrer aus dem Kanton Zürich wird zur Anzeige gebracht, da er das Vortrittsrecht missachtet haben dürfte. (AZ)